

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



„Damit oben einer wohlleben kann“

Flucht und Asyl sind in den letzten Monaten wieder ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Leider ist der öffentliche Diskurs über Flucht und Flüchtlinge von Rassismen und repressiv-autoritärer Logik durchzogen, weshalb wir über die nächsten Ausgaben hinweg einen Schwerpunkt im „Kämpfer“ setzen wollen. Den Auftakt macht eine Analyse von Genossen Maximilian Zirkowitsch, die sich den Rahmenbedingungen von Asyl in Österreich widmet.

Zwischen den Zeilen von Tucholsky (siehe Kasten) und den Verhältnissen, wie wir sie heute vorfinden, liegen 94 Jahre. In diesen Jahren wurde die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert, rühmte sich Österreich seiner politischen Verantwortung in der Aufnahme von Flüchtlingen und fanden Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte statt.

Der öffentliche Diskurs ist nicht mehr an den Menschenrechten orientiert, sondern wird als Verteilungskampf um öffentliche Güter wie Wohlstand, Sicherheit und Arbeit inszeniert. Und im gleichen Maße, wie die Ungleich- und Umverteilung als naturgegeben gedeutet werden, wird von Flüchtlingen als Naturkatastrophen gesprochen. Kein Krieg,

der nicht sich wälzende Ströme und Fluten an Flüchtlingen mit sich bringt. Vor diesen Bedrohungsszenarien lässt sich Rassismus kultivieren – und wenn die ProletarierInnen nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, gibt es immer noch eine Partei, an die sie ihren Glauben verlieren können. So unterliegen AsylwerberInnen in Österreich einer streng polizeilichen Logik. Damit einher geht der Ausschluss von sozialstaatlichen Maßnahmen bis hin zum faktischen Arbeitsverbot, das lediglich zwei Ausnahmen kennt: die saisonale und die Sexarbeit.

Bevor ein Flüchtling das Asylverfahren beschreitet, wird geprüft, ob er/sie nicht in einen sicheren Drittstaat zurückgeschoben werden kann. Wird das Verfahren



zwanzigtausendfrauen.at

In Wien begehrten Betroffene vor zwei Jahren gegen das Asylsystem auf

zugelassen, haben Flüchtlinge im Rahmen der Grundversorgung, die auf eine Richtlinie der EU zurückgeht, Anspruch auf Verpflegungsgeld (5 Euro täglich), Taschengeld (40 Euro monatlich), Bekleidungshilfe (Gutscheine im Wert von 150 Euro jährlich) und in Ausnahmefällen Fahrtkostenersatz für den Schulbesuch oder eine medizinische Behandlung. NGOs bieten Unterkunft, Rechts- und Sozialberatung.

In diesem Zusammenhang von Asylmissbrauch zu sprechen, bedeutet, Menschen vorzuwerfen, dass sie das gesetzlich garantierte Recht in Anspruch nehmen, internationalen Schutz zu beantragen. Die Qualität und Dauer dieser individuellen Prüfung der Fluchtgründe ist seit Jahren Kritikpunkt der organisierten Zivilgesellschaft, können solche Verfahren doch über zehn Jahre dauern. Von einer Belastung der österreichischen Gesellschaft zu sprechen, statt der Psyche und Würde von Menschen, deren Überleben in ihren Herkunftsländern nicht mehr möglich war, spottet jedem Anspruch an internationale Solidarität.

Die Wahrnehmung von Flüchtlingen als ohnmächtige Objekte widriger politischer Willkür erschwert es, Solidarität zu üben. Politische Artikulation und Ausdrucksformen fanden in der Vergangenheit entweder keine Beachtung oder waren Vereinbarungsversuchen von verschiedenen Seiten unterworfen.

Allein in den letzten Jahren fanden Protestzüge gegen die Qualität der Unterkünfte um den Wörthersee zum Sitz der Kärntner Landesregierung, Sitzstreiks vor dem Parlament gegen die Anerkennung und Nicht-Anerkennung von Asyl und die von der Erstaufnahmestelle Traiskirchen ausgehenden Refugee-Proteste in Sigmund-Freud-Park, Votivkirche und Servitenkloster statt. Als Treppenwitz der Geschichte erscheint, dass Sigmund Freud selbst zum Flüchtling gemacht wurde und seine Heimat verließ, weil er um sein Leben fürchten musste, ebenso wie viele FunktionärInnen der SPÖ – eben deren politisches Erbe der Bergung harzt.

Maximilian Zirkowitsch ■

Oben laufen die großen Maschinen, und unten fällt die Menschenschlacke heraus. Damit oben einer wohlleben kann, leiden unten zehn, zwanzig, hundert. Und wenn auch unbestritten ist, dass es Menschen gibt, die immer sinken, auch unter den günstigsten Umständen, wenn es auch selbstverschuldetes Unglück gibt und Veranlagung und schlechtes Blut – so viel davon, wie allnächtlich der Besen der Not ins Asyl kehrt, gibt es nicht ohne fremde Schuld. Diese da sind nicht einfach so. Sie sind geworden. [...] Was immer die neue Stadtverwaltung für das Asyl tun möge – und hoffentlich wird sie recht viel tun –, nichts kann jene ungeheure Schuld sühnen, die diese Leute zu dem gemacht hat, was sie sind.

Kurt Tucholsky, 1920



Erhöhung des Mitgliedsbeitrags

Der Freiheitskämpfer/innen-Bundesvorstand hat eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages beschlossen, um politische Arbeit und Handlungsfähigkeit auch weiterhin garantieren zu können. Im Folgenden eine Erläuterung des Beschlusses.

Unser Bund hat wichtige Aufgaben und Ziele. Sie lauten: „Umsetzung einer umfassenden Aufklärungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über die faschistischen Diktaturen und über die Verbrechen des Nationalsozialismus sowie die Bekämpfung der politischen Gefahren, die von Erscheinungen wie Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ausgehen.“ Dafür setzen sich Bundesorganisation, Landesverbände und Bezirksgruppen solidarisch ein.

Die Gefahr von rechts ist in den letzten Jahren nicht kleiner geworden, es gibt – für uns – keinen Grund, unsere Erinnerungs-, Informations- und Bildungsaktivitäten einzuschränken. Im Gegenteil, neue Erscheinungsformen des Rechtsextremismus bedürfen neuer Gegenmaßnahmen.

Die finanzielle Situation unseres Bundes bedarf allerdings dringend einer Verbesserung, einer besseren Absicherung. Der Anteil des Mitgliedsbeitrags an den Einnahmen der Bundesorganisation beträgt derzeit zirka ein Sechstel. Von öffentlichen Quellen und Sponsoren wollen und dürfen wir nicht abhängig sein. Vor diesem Hintergrund diskutierte der Bundesvorstand über die Höhe und Aufteilung des Mitgliedsbeitrags.

Die Kraft unseres Bundes sind unsere Mitglieder und unsere FunktionärInnen. Im Wissen, dass es manchen schwerfallen wird, einen erhöhten Mitgliedsbeitrag zu zahlen, und dass es einige wenige geben wird, die aus diesem Anlass ihre Mitgliedschaft zurücklegen werden, ist eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages leider nötig. Der Bundesvorstand beschloss bei seiner Sitzung am 15. 10. 2014 eine Erhöhung des



Das politische Vermächtnis von Rosa Jochmann, Hugo Pepper und den vielen anderen GenossInnen soll auch in Zukunft mit Leben gefüllt werden

jährlichen Mitgliedsbeitrags ab dem Jahr 2015 auf 15 Euro.

Wir danken all unseren Mitgliedern für ihr Verständnis und bitten weiterhin um die wichtige Unterstützung! Wir wollen weiterhin eine ansprechende, interessante Mitgliederzeitschrift herausgeben. Wir wollen weiterhin Studien- und Gedenkfahrten zum Widerstand und für die Erinne-

rung an unsere Toten durchführen. Wir benötigen ein Sekretariat mit einer Angestellten für die Administration und Mitgliederbetreuung. Und wir müssen politik- und kampagnenfähig bleiben.

Für einen starken, handlungsfähigen Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en! ■

Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2014

96. Geburtstag: Valerie Griesmayer, Baden. **94. Geburtstag:** Margarete Flieger, Waidhofen/Thaya; Berta Pospichal, Wien. **93. Geburtstag:** Helene Faderny, Heinz Vana, Wien. **92. Geburtstag:** Melitta Putzl, Linz; Walter Ulm, Mürrzuslag. **91. Geburtstag:** Herta Kratzer, Luise Seitler, Gertrude Wald, Wien. **90. Geburtstag:** Margarete Filippovits, Bernstein; Johann Kadnar, Leopoldine Pfäuser, Wien. **85. Geburtstag:** Oskar Winkler, Linz; Elisabeth Jirovetz, Traiskirchen; Robert Capra, Otmar Fischperer, Hermann Foscht, Ernst Frühauf, José Henríquez Lopez, Hertha Kehle, Inge Loidolt, Engelbert Weppernig, Friedrich Zawrel, Wien. **80. Geburtstag:** Oswald Wiesinger, Baden; Wilhelm Hagenauer, Erna Schwarzingen, Linz; Friedrich Ungar, St. Pölten; Marianne Bargil, Egon Jaros, Ernst Outolny, Kurt Pudschedl, Brigitte Scheidl, Heinrich Witowetz, Wien. **75. Geburtstag:** Ernst Piller, Eisenstadt; Veronika Rosenblattl, Linz; Heidi Mann, Mödling; Hans Leopold, Pottendorf; Richard Gebert, Schwadorf; Helmut Domartius, Sollenau; Erich Berthold, Erika Brandmüller, Eveline Dvorak, Ludwig Hametner, Albert Holub, Erika Hörndl, Herbert Kawka, Peter Keck, Renate Kohlbacher, Magdalena Koutensky, Erika Kubicek, Solvejg Kunisch, Hans Mohnl, Sepp Rieder, Hedwig Rössner, Helga Sarközi, Richard Schadauer, Bartholomäus Stix, Hans Wels, Erna Zauner, Wien

Rückblick 2014 und Ausblick 2015

Ich möchte mich gleich eingangs bei allen Mitgliedern und FunktionärInnen für den unermüdlichen Einsatz sehr herzlich bedanken! Ohne euch, euer ehrenamtliches Engagement und die vielen Stunden, die ihr der Organisation und unserer gemeinsamen Sache schenkt, wäre es undenkbar, unsere politischen Aufgaben und unseren Auftrag erfüllen zu können: einerseits als Opferverband, der sich an aktiver Erinnerungs- und Gedenkarbeit beteiligt, andererseits als antifaschistische Organisation, die sich auch als Mahnerin vor rechtsextremen und autoritären Entwicklungen versteht.

2014 war ein sehr gutes Jahr für unsere Organisation. Wir konnten viele neue Mitglieder gewinnen. Zu den vielen Höhepunkten zählte sicher die gemeinsame Fahrt nach Majdanek der ARGE der NS-Opferver-

bände. Am 22. Juli 2014, dem 70. Jahrestag der Auflösung des KZ Majdanek, fand dort eine würdevolle Gedenkfeier auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte statt, auf der uns Genossin Casagrande und Genosse Schreiber vertreten haben.

Das Februargedenken der Landes- und tw. Bezirksorganisationen der Freiheitskämpfer/innen, der Jugendorganisationen und der SPÖ fand vielerorts statt. Hier spielt unser Bund nach wie vor eine maßgebliche Rolle. Darauf können wir mit Recht stolz sein. In diesem Zusammenhang war auch das seit 1964 erste gemeinsame, stille Februargedenken der Opferverbände eine wichtige, wenn auch nicht unumstrittene Wegmarke. Um nur zwei der vielen Kundgebungen und Veranstaltungen herauszugreifen, an denen sich unser Bund maßgeblich beteiligt.

Bei der Arbeitstagung des Bundesvorstandes Ende März haben wir uns der organisatorischen Findung gewidmet. Das war wichtig. 2015 müssen wir aus meiner Sicht nun daran gehen, uns wieder verstärkt den politischen Aufgaben zuzuwenden. Schließlich ist 2015 ein wichtiges Jubiläumsjahr: 70 Jahre sind dann seit der Befreiung von Auschwitz und dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Zu diesem Zweck werde ich im Jänner zur Befreiungsfeier in Auschwitz reisen und damit auch unseren Bund dort vertreten. Die Befreiungsfeier in Mauthausen am 10. Mai wird sicherlich noch eindrucksvoller als sonst.

Der Geburtstag von Genossen Robert Danneberg jährt sich am 23. Juli zum 130. Mal. Hier wäre es meines Erachtens eine Überlegung, als Freiheitskämpfer/innen an das Leben und

Wirken dieses so wichtigen austromarxistischen Vordenkers und -kämpfers zu erinnern. Wir werden 2015 auch nicht müde werden, darauf hinzuweisen, wie wichtig niederschwellige Öffnungszeiten in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen sind, und versuchen, Überzeugungsarbeit hinsichtlich der nun eingeführten Schließtage zu leisten. Und wir werden auch unsere Stimme für den Gedenkdienst erheben, der mit knappen Ressourcen und der finanziellen Austrocknung zu kämpfen hat.

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr 2015 für unseren Bund und wünsche allen LeserInnen des „Kämpfers“ erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Freundschaft!
Johannes Schwantner
Bundesvorsitzender ■

Tiroler Landeskonferenz

Die Landeskonferenz der Freiheitskämpfer/innen Tirol hat einen neuen Vorstand gewählt und Helmut Muigg als Vorsitzenden bestätigt. Seine StellvertreterInnen sind Gerlinde Ritter, Christina Kaiser und Dietmar Höpfl. Klare Einigkeit gibt es in der Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit

und den Rechten in Österreich. „Wir verurteilen jede Form von ausländerfeindlichen Übergriffen sowie jegliche Form der Diskriminierung durch Betreiber von Lokalitäten oder deren Personal“, erklärte Vorsitzender Helmut Muigg in seinem Referat.

Prof. Rudi Gelbard unterstützte in seinem exzellenten Vortrag diese Haltung und betonte: „Die Nazis kamen 1933 deshalb an die Macht, weil ihre menschenfeindliche Ideologie und ihre fürchterliche Brutalität trotz Warnungen unterschätzt worden sind.“ Gelbard zitierte den italienischen Auschwitz-Überlebenden und Antifaschisten Primo Levi: „Es ist passiert, folglich kann es wieder passieren.“ ■



Genosse Muigg konnte anlässlich der Landeskonferenz den KZ-Überlebenden Rudi Gelbard begrüßen

Zukunftswerkstatt des Landesverbandes Wien

Die Landesgruppe Wien unseres Bundes hat sich entschlossen, für die strategische Planung für die nächsten zehn Jahre eine Zukunftswerkstatt durchzuführen. Wir wollen und müssen unseren Platz in der politischen, der antifaschistischen und antirassistischen Initiativenlandschaft genauer bestimmen, aber auch unseren Platz als Trägerin des Vermächtnisses des antifaschistischen Widerstands und der Opfer des Faschismus. Da stehen wir schon lange nicht mehr als einzige Organisation da, gibt es zahlreiche Initiativen und natürlich auch verschiedenste Deutungen und Standpunkte. Über die Ergebnisse der Werkstatt und Maßnahmen wird der Landesvorstand als politisches

Gremium diskutieren und entscheiden.

Teilnehmen sollen Mitglieder, denen die Zukunft unseres Bundes am Herzen liegt, und denen sie ein Wochenende interessanter, aber auch anstrengender „Denkarbeit“ wert ist. Es wäre gut, wenn sich Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Bezirken, besonders um bzw. unter 40-Jährige beteiligen. Datum: Sa., 18. 4. 2015, 9–18 Uhr (bei Bedarf auch So., 19. 4. vormittags). Ort: Bildungszentrum der SPÖ Wien, Praterstraße 25. InteressentInnen melden sich bitte bis 31. 1. 2015 bei Gin. Ingrid Antes. Ziel ist eine Gruppe von 12 bis 15 TeilnehmerInnen.

Gerald Netzl ■



Deserteursdenkmal setzt Zeichen der Anerkennung

Auf dem Wiener Ballhausplatz steht seit kurzem das Denkmal für Verfolgte der NS-Militärjustiz. Die Freiheitskämpfer/innen sehen darin „einen bedeutenden Schritt zur Stärkung der Erinnerungskultur“.

Die nationalsozialistische Militärjustiz verhängte während des Zweiten Weltkrieges mehr als 30.000 Todesurteile, wovon die meisten gegen Deserteure und sogenannte „Wehrkraftzersetzer“ ergingen. 2009 rehabilitierte der Nationalrat die Opfer der Verfolgung durch die Wehrmachtsgesetze. 2010 beschloss die Stadt Wien die Errichtung eines Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz.

Als geeigneter Standort wurde Ende 2012 der Ballhausplatz gefunden. KÖR – Kunst im öffentlichen Raum hat danach einen künstlerischen Wettbewerb ausgeschrieben, dessen Jury sich 2013 für den Entwurf des

deutschen Künstlers Olaf Nicolai entschied.

„Nach der rechtlichen Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure wird mit dem Denkmal nun an einem zentralen Ort der Republik auch symbolisch ein Zeichen der Anerkennung gesetzt“, betonte unser Bundesvorsitzender Johannes Schwantner im Zuge einer Presseaussendung anlässlich der Eröffnung.

Kulturminister Josef Ostermayer sagte in seiner Rede anlässlich der Enthüllung des Denkmals: „Es handelt sich um Menschen, die ihr Leben hintangestellt haben, um für Demokratie und Menschenwürde zu kämpfen.

Es ist ein wichtiges Zeichen der Erinnerungskultur und der Rehabilitation jener, die die Zivilcourage und die Möglichkeit hatten, sich dem NS-Regime zu widersetzen.“

Ostermayer betonte auch, wie wichtig es ist, stets an die dunklen Seiten der Geschichte zu erinnern. „Auch Menschen, die keine Zeitzeugen waren, sollen die Möglichkeit haben, aus der Geschichte zu lernen.“ Auch Johannes Schwantner unterstrich: „Niemals vergessen‘ ist eine Mahnung, die immerwährend hochgehalten werden muss.“ Dazu liefert das Denkmal einen entscheidenden Beitrag.

Die Skulptur greift die klassischen Elemente eines Mahnmals „Sockel“ und „Inscription“ auf, arrangiert diese aber anders als traditionelle Kriegerdenkmäler. Ein überdimensionales, liegendes X bildet den dreistufigen Sockel, in dessen dritte Ebene die nur von oben lesbare Inschrift „all alone“ eingelassen ist. Es ist ein Gedicht des schottischen Künstlers Ian Hamilton Finlay.



Mit dem Denkmal werden Wehrmachtsdeserteure und Opfer der NS-Militärjustiz geehrt

Historikerin Erika Weinzierl gestorben

Als Zeithistorikerin ist Erika Weinzierl nicht davor zurückgeschreckt, Tabus in der Geschichtsforschung aufzubrechen und sich Widerständen zum Trotz kritisch mit der austrofaschistischen und nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs auseinanderzusetzen.



Weinzierl wirkte auch als Mitbegründerin der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung, im Bruno-Kreisky-Archiv und im Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

Erika Weinzierl war eine Doyenne des Faches in Österreich. Mit ihrem Werk, aber auch mit ihren Interventionen als öffentliche Intellektuelle hat sie entscheidend zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich beigetragen. Die Historikerin erhielt im Laufe der Jahre zahlreiche Auszeichnungen, 2010 wurde Erika Weinzierl mit dem Frauenlebenswerkpreis des Frauenministeriums ausgezeichnet. Am 6. Juni 1925 als Erika Fischer in Wien geboren, begann sie noch während des Krieges, in Wien Medizin

zu studieren, wechselte 1945 aber zu Geschichte und Kunstgeschichte und schloss das Studium nach nur drei Jahren ab. Parallel absolvierte sie den Lehrgang des Instituts für Geschichtsforschung an der Uni Wien.

Ihren unermüdlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus hatte sie damals längst begonnen: Noch als Studentin hatte sie sich der Widerstandsgruppe rund um den katholischen Geistlichen Karl Strobl angeschlossen. Typisch für Weinzierl: 1963 machte sie als erste Historikerin das Verhalten der katholischen Kirche während der Nazizeit zum Thema. Von 1979 bis zu ihrer Emeritierung 1995 wirkte die über Österreichs Grenzen

hinaus bekannte Historikerin dann als Ordinaria am Institut für Zeitgeschichte der Uni Wien und prägte mehr als nur eine Generation von Historikern. Tausende Studierende nicht nur der Geschichte hörten ihre beeindruckenden Vorlesungen im Audimax der Universität Wien.

Die deklarierte Pazifistin setzte sich gegen die Atomrüstung, für eine humane Asyl- und Migrationspolitik und vor allem für eine umfassende und tabulose Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein. Weinzierl war darüber hinaus langjährige Präsidentin der „Aktion gegen den Antisemitismus“. Bis 2008 erschien Weinzierl noch fast täglich zum Arbeiten an „ihrem“ Institut. ■

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gerald Netzl hat die Dauerausstellung in Berlin über den deutschen Widerstand gegen das Nazi-Regime besucht und seine Eindrücke für unsere Zeitung zusammengefasst.

Rechtzeitig vor dem 70. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 wurde im sogenannten Bendlerblock in der Stauffenbergstraße in Berlin die neue, nunmehr dritte Dauerausstellung über deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus eröffnet. Die erste Ausstellung wurde 1968 eröffnet und 21 Jahre lang gezeigt. Die zweite Fassung brachte es schon auf eine Laufzeit von 25 Jahren. Beim Festakt zur Eröffnung sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel. Höchste Weihen für das neue Narrativ des deutschen Widerstandes, mit 3,8 Millionen Euro hat man auch beim Geld nicht gespart.

Der Besuch der Ausstellung lohnt sich. Früher wurde der Widerstand nicht in seiner ganzen Breite so gut dokumentiert, dar-

gestellt und gewürdigt, weil jener aus der Arbeiterbewegung marginalisiert wurde. Man befand sich schließlich in der Frontstadt West-Berlin. Das hat sich gebessert.

Dass die Gewichtung des Widerstandes immer noch beim 20. Juli 1944 liegt, ist verständlich und dem Ort Bendlerblock geschuldet. So erfährt man vieles über die Ziele und die Persönlichkeiten der Verschwörer und kann u. a. den „Aufruf an das deutsche Volk“ und den Aufruf an die Soldaten nachlesen.

Vier Räume sind allein den Verschwörern gewidmet. Doch auch Georg Elser hat eine eigene Fläche, so groß wie die für den Widerstand aus der Arbeiterbewegung zusammen: Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunis-

ten, SAPler und viele andere eingeschlossen. Insgesamt stehen individuelle Widerstandsbiografien im Mittelpunkt. Aus Österreich sind mir Schwester Restituta und Franz Jägerstätter, die man beim christlichen Widerstand findet, aufgefallen. Generell ist eine bemerkenswerte Normalität im Umgang mit kommunistischen Widerstandskämpfern festzustellen, im Gegensatz zu Österreich in Deutschland noch lange nicht üblich.

Der zurückhaltende Einsatz von elektronischen Medien (Film, Ton und PC) verleiht der Ausstellung eine gelungene Nüchternheit und Fokussierung. Am Ende des Rundgangs findet der Besucher ein umfassendes Literaturangebot, wobei besonders auf die große Zahl von gelungenen kompakten Themenkatalogen um wohlfeile sechs Euro hingewiesen sei, sodass man nicht einen dicken, teuren Katalog kaufen muss.

WEBTIPP: Vertiefende und sehr interessante weiterführende Informationen bietet der Internetauftritt www.gdw-berlin.de



1953 wurde das von Richard Scheibe geschaffene Ehrenmal im Innenhof der Gedenkstätte enthüllt. Es zeigt die Bronzefigur eines nackten jungen Mannes mit gebundenen Händen.

Das Mahnmal in Lackenbach

Sinti und Roma waren schon bald von den Nazis als „Menschen zweiter Klasse“ kategorisiert und verfolgt worden. Noch vor den Massendeportationen in die NS-Vernichtungslager wurden viele in sogenannte „Polizeilager“ zur Zwangsarbeit verschleppt oder sterilisiert.

Im November 1940 wurde von den Nationalsozialisten im burgenländischen Lackenbach



Die Basaltblöcke als Elemente des Denkmals sollen den direkten Bezug zur damaligen Zwangsarbeit zum Ausdruck bringen

auf dem Gelände des „Schafflerhofs“ ein „Zigeuner-Anhaltelager“ eingerichtet, in dem Roma und Sinti unter unmenschlichen Bedingungen interniert wurden. Es diente der Gefangensetzung und Ausbeutung durch Zwangsarbeit. Am 1. November 1941 erreichte die Zahl der Inhaftierten den Höchststand von 2.335 Personen. Von den insgesamt 4.000 zur Zwangsarbeit gezwungenen Roma und Sinti aus dem Lager Lackenbach wurden im Herbst 1941 2.000 in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt deportiert und ermordet. Nur 300 bis 400 Häftlinge

erlebten im April 1945 die Befreiung aus dem Lager Lackenbach durch sowjetische Truppen.

Die Errichtung des Lagers im November 1940 folgte einem einzigen Ziel: nämlich der Vernichtung einer ganzen Volksgruppe. Es ging darum, die Region „zigeunerfrei“ zu machen, wie es im Nazi-Jargon hieß. „Artfremdes“ sollte aus dem „deutschen Volkskörper“ ausgeschieden werden. Nach Schätzungen fielen im nationalsozialistisch besetzten Europa 500.000 Sinti und Roma der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie zum Opfer.

Auf Anregung der österreichischen Opferverbände wurde am 6. Oktober 1984 unweit des ehemaligen Internierungslagers ein

Mahnmal für die hier internierten und von hier deportierten Roma und Sinti errichtet. Das von Architekt Matthias Szauer gestaltete Mahnmal wurde vom damaligen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger enthüllt.

Anlässlich der 50. Wiederkehr der Errichtung des „Zigeunerlagers“ Lackenbach wurde im Jahr 1990 erstmals eine Gedenkfeier beim Denkmal organisiert. Seither werden diese Gedenkfeiern jährlich im November vom Kulturverein Österreichischer Roma gemeinsam mit der burgenländischen Landesregierung und der Marktgemeinde Lackenbach abgehalten. Die höchsten politischen RepräsentantInnen der Republik nehmen an der Gedenkfeier teil.



Evangelische Kirche in den 1930er Jahren

Die Evangelische Kirche in Österreich hat – wie Österreich insgesamt – erst mit großer Verspätung begonnen, ihre (NS-)Vergangenheit zu bearbeiten. Ein neues Buch beleuchtet die Rolle der Evangelischen Kirche.

Der Jurist Robert Kauer, ab 1932 NSDAP-Mitglied und 1933 vom Katholizismus zur Evangelischen Kirche konvertiert, war ein typischer Vertreter des urban sozialisierten, deutschnational und antisemitisch eingestellten Akademikers. Das Buch schildert sehr gut die Entwicklung der Evangelisch-lutherischen Kirche in unserem Land vom Ende der Monarchie über die Erste Republik, den Austrofaschismus und den Nationalsozialismus bis in die Zeit nach 1945.

Die Evangelische Kirche verzeichnete von 1920 bis 1930 51.000 Eintritte und wuchs damit um 20 Prozent. Das waren pragmatische Entscheidungen (unbefriedigende Situation nicht-katholischer oder geschiedener Ehepaare) oder poli-

tische, getragen von einem tiefen Antikatholizismus (es sei an das „Wirken“ der Christlichsozialen Partei als „Filiale“ der Katholischen Kirche erinnert) bzw. großdeutschen Sehnsüchten, da in der Evangelischen Kirche von vielen eine zumindest religiös-kulturelle Brücke zum Deutschen Reich gesehen wurde.

„Gemeinsame Grundlage des österreichischen Protestantismus waren eine verklärende Erinnerung an den Geheimprotestantismus des 17. und 18. Jahrhunderts und ein platter Antikatholizismus.“ Wobei Letzterer angesichts einer breiten gesellschaftlichen und beruflichen Diskriminierung evangelischer Christen im klerikal-katholisch-faschistischen Österreich 1934–1938 gerechtfertigten Auftrieb erhielt. Selbstkritisch stellt der Autor fest: „Es

fällt angesichts der Ereignisse und der Veröffentlichungen um die Jahreswende 1937/38 auch im zeitlichen Abstand von mehreren Jahrzehnten schwer, der am Ende des Ständestaates in dieser Phase aufgekommenen, diffamierenden Bezeichnung der Evangelischen Kirche in Österreich als „Nazikirche“ mit Überzeugung entgegenzutreten.“

Eine Kirchenspaltung in „Bekennende Kirche“ und „Deutsche Christen“ gelang es in den „Alpen- und Donaugauen“ zu vermeiden, alle kirchlichen Funktionsträger versuchten, den Kirchenkampf im „Altreich“ von sich fernzuhalten. Widerstand gegen das NS-System gab es so gut wie keinen. Das Buch ist informativ und lesenswert. Was fehlt, ist die kritische Erwähnung des Nazi-Terrors in Österreich in den 1930er Jahren (Bombenanschläge!), aber auch jener Teil



Harald Uhl:
„Robert Kauer. Ein Kirchenpräsident in den Konflikten seiner Zeit.“
Verlag des Evangelischen Presseverbandes in Österreich, 2014
ISBN 978-3-85073-311-3,
170 Seiten, € 18,-

der Geschichte, auf den man stolz sein kann, aufgezeichnet z. B. in den Erinnerungen des evangelischen Seelsorgers am Wiener Landesgericht Hans Rieger „Das Urteil wird jetzt vollstreckt“.

Jura Soyfer, neu vertont

Angelika Sacher (Gesang) und Klaus Bergmaier (Klavier) haben bereits eine Vielzahl von Programmen mit Arbeiterliedern erarbeitet, im Herbst 2014 produzierten sie die hörenswerte CD „Die Mühlen der Gerechtigkeit – Lieder nach Texten von Jura Soyfer“ mit insgesamt 22 Titeln. Es gibt sowohl Originalversionen aus Soyfers Zeit (von Jimmy Berg, Hermann Leopoldi, Marcel Rubin und Herbert Zipper) wie auch ausgewählte Versionen aus der Feder der Schmetterlinge und von Klaus Bergmaier selbst. Die CD sollte in keiner Sammlung fehlen! Hörproben,

Downloads und Bestellung auf: www.arbeiterinnenlieder.at

Das gesamte Album ist dem 1912 geborenen Satiriker, Kabarettautor, Dramatiker und Lyriker Jura Soyfer gewidmet, der 1939 im Konzentrationslager Buchenwald verstarb. Jura Soyfer zählt bis heute zu den bedeutendsten linken Dichtern und Schriftstellern Österreichs. Kaum jemand formulierte die Kritik am Kapitalismus – aber nach 1934 auch an der Sozialdemokratie – so treffend und gleichzeitig so wohlgeschliffen. Obwohl seine Texte achtzig Jahre und älter

sind, sind sie trotzdem hörenswert, zugleich unterhaltsam und bildend.



Natürlich sind die CDs auch direkt bei den Künstlern erhältlich: Tel. 0664/145 42 55, E-Mail: arbeiterinnenlieder@blackbox.net

Ins Jahr 1914 passen Soyfers Texte besonders gut, da sie sich einerseits zum Teil mit dem Ersten Weltkrieg, andererseits mit dem Jahr 1934 befassen. Soyfer antizipierte in seinen Werken bereits früh die drohenden Katastrophen. Viele Texte, die sich mit Kriegshetze, ungerechter Verteilung und einseitiger Justiz befassen, sind auch heute noch von erstaunlicher Aktualität.

Das erste Konzert von Sacher & Bergmaier mit diesem Repertoire fand im Wiener Mozarthaus bei einem großen Symposium zum 100. Geburtstag von Jura Soyfer statt.



SOS Mitmensch

Maximilian Zirkowitsch hat sich für den „Kämpfer“ den Online-Auftritt der NGO „SOS Mitmensch“ angesehen: mit einem besonderen Blick dafür, welche Informationen die Seite für AntifaschistInnen parat hat. Dabei ist Genosse Zirkowitsch auf ein liebenswertes Detail gestoßen.

Der Verein SOS Mitmensch entstand 1992 als Reaktion auf das von der FPÖ initiierte „Ausländer-Volksbegehren“. An der Gründung waren PolitikerInnen der SPÖ und Grünen, KünstlerInnen und Intellektuelle beteiligt. Damals wie heute setzt sich die Organisation für Asylsuchende und Menschenrechte, Demokratie, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Antirassismus und Demokratie ein. Dabei versteht sich SOS Mitmensch, das Teil eines internationalen Netzwerks ist, als Public Pressure Group, die durch Medienaktionen, Kundgebungen, Vernetzung, kulturelle Veranstaltungen

und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit ihre Ziele zu erreichen versucht. Dabei setzen sie auf



Der Internetauftritt von SOS Mitmensch bietet auch aktuelle Informationen zum Thema Antirassismus

MultiplikatorInnen der öffentlichen Meinung.

Im Leitbild der Organisation heißt es etwa: „Unsere Ziele sind die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller in Bezug auf die vollständige Teilhabe an den Gütern und Freiheiten einer offenen und wohlstandsstaatlichen Gesellschaft – unabhängig von Herkunft oder persönlichem Lebensentwurf. Wir wollen eine Welt, in der Gerechtigkeit angestrebt, Fairness geübt und Verantwortung gegenüber den Mitmenschen gelebt wird. Sozialer Ausgleich, globale Verteilungsgerechtigkeit und Integration ermöglichen die Verwirklichung des Rechts auf weltweite Bewegungsfreiheit.“

Auf der Website finden AntifaschistInnen neben der Doku-

mentation der Organisationsaktivitäten Stellungnahmen zu Fällen von Polizeigewalt, „Einzelfällen in der FPÖ“, dem Verfassungsschutzbericht, strukturellem Rassismus, behördlicher Willkür und Gedenkkultur.

Darüber hinaus gibt SOS Mitmensch das Magazin MO heraus, das hauptsächlich im Großraum Wien über Straßenkolportage vertrieben wird und so Menschen ohne Arbeitsmarktzugang ein minimales Einkommen verschafft. Sämtliche Ausgaben seit 2004 sind online abrufbar.

Ein liebenswertes Detail des Internetauftritts bietet die Anmeldung zum Newsletter, die folgende Optionen zur Auswahl hat: Sehr geehrter Herr, Sehr geehrte Frau, Lieber und Liebe.

www.sosmitmensch.at/

Diskussionshilfe am Stammtisch

Inklusion und Zuwanderung: Mit der „Stammtisch App“ von ÖGB, Industriellenvereinigung und dem Roten Kreuz sollen Diskussionen versachlicht werden. Das Programm für Mobiltelefone soll für „Luftverbesserungen über Österreichs Stammtischen“ sorgen.

Der Stammtisch ist jener Ort, an dem gerne mit rassistischen und fremdenfeindlichen Klischees gegen „Ausländer“ Stimmung gemacht wird. „Sachliche und knackige Argumente“ als Konter auf populistische Ansagen soll nun die „StammtischApp“ liefern. Sie ist ein gemeinsames Projekt vom Gewerkschaftsbund, dem Österreichischen Roten Kreuz und der Industriellenvereinigung. Es richtet sich vornehmlich an Jugendliche, die in ihrem Umfeld mit rassistischen Behauptungen konfrontiert sind.

„Das Boot ist voll“ oder „Zu viele andere Sprachen bringen nur Chaos“ – die Themen Inklusion

und Zuwanderung bringen viele Menschen mitunter in Rage. Die StammtischApp soll daher beim Diskutieren helfen und mit rassistischen Vorurteilen aufräumen. Gesucht werden kann in dem Programm etwa nach den „schrägsten Vorurteilen“ oder nach Kategorien wie „Asyl und Flüchtlinge“ oder „Kriminalität“. Die inhaltliche und redaktionelle Aufbereitung erfolgte durch die Medien-Service-Stelle Neue ÖsterreichInnen. Diese sorgt auch für die laufende inhaltliche Betreuung. Das Programm ist über die entsprechenden „Appstores“ für Mobiltelefone mit Internetzugang (Apple/Android) kostenlos erhältlich.

Die Medien-Service-Stelle versteht sich als journalistische Schnittstelle zwischen Primärquelle und Medien: Studien, Statistiken und andere Informationen aus seriösen Quellen werden von der Redaktion der Medien-Service-Stelle gesichtet und aufbereitet, sodass JournalistInnen aller Ressorts mit möglichst geringem Aufwand darauf zugreifen können. Sie wurde mit Unterstützung der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung, des Vereins Wirtschaft für Integration sowie der PR-Agentur

The Skills Group initiiert und gegründet. Weitere Sponsoren sind das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Inneres und die Österreichischen Lotterien.

Freilich wird dieses Programm für Mobiltelefone mit dem vorherrschenden Rassismus in Sachen Zuwanderung nicht aufräumen können. Dafür bedarf es des politischen Kampfes und einer fundierten inhaltlichen Auseinandersetzung. Die Applikation ist aber ein gut gemeinter Beitrag zur Unterstützung junger Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die Oberfläche ist zudem sehr benutzerInnen-freundlich.

Viel wird einfach nur behauptet, schnell wird ge- und verurteilt: Die StammtischApp soll beim Argumentieren gegen Rassismus helfen





Verfolgung von Homosexuellen

Am 9. Dezember 1984 enthüllten die Homosexuellen Initiativen Österreichs in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen eine Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus. Es war weltweit das erste Denkmal für Homosexuelle und ein langer Weg dorthin. Die Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit setzte erst spät ein – besonders spät auch in unserem Bund.

Homosexualität war in Österreich und Deutschland vor und nach der NS-Zeit verboten und kriminalisiert (hier § 129, dort § 175 Strafgesetzbuch). In Österreich bis 1971! Es war der Rassenwahn der Nazis, der statt der Verfolgung das Ziel der Vernichtung hatte. Homosexuelle wurden als „bevölkerungspolitische Blindgänger“ betrachtet, die die „arische Rasse“ nicht vermehrten, ja noch schlimmer: Durch vermeintlich seuchenartige Ausbreitung der Homosexualität sahen die Nazis die „arische Rasse“ gefährdet.

Die zeitgeschichtliche Forschung geht aufgrund schwieriger Datenlage von 7.000 bis 15.000 in Konzentrationslagern verschleppten homosexuellen Männern (es waren ausschließlich Männer betroffen) aus, von denen etwas mehr als jeder Zweite zu Tode kam. Die Häftlinge mit dem rosa Winkel standen in der Hierarchie der KZ-Häftlinge mit Juden sowie Sinti und Roma ganz unten. Sie wurden von den anderen Häftlingen isoliert in eigenen Lagerbereichen oder zumindest in eigenen „Schwulen-Blocks“ und Stuben untergebracht. Sie hatten keinen Rückhalt und Ansehen unter den anderen Häftlingen. Sie durften nie Funktionshäftlinge werden. Sehr beeindruckend wird das im 1972 er-

schieneenen Buch „Die Männer mit dem rosa Winkel“ beschrieben.

Homosexuelle wurden, so wie die Häftlinge mit dem grünen Winkel („Kriminelle“), entweder gleich nach ihrer Verhaftung oder nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von der Kriminalpolizei zur „polizeilichen Vorbeugehaft“ in KZ eingewiesen. Anders als die politischen Häftlinge mit dem roten Winkel, die als „Schutzhäftlinge“ von der Gestapo eingewiesen wurden. Hatte die Gestapo aufgrund der Denunziation von Nachbarn oder Beobachtungen professioneller Polizeispitzel einen Verdacht, so veranlasste sie Hausdurch-

suchungen in den Wohnungen. Die Polizei formte aus den Gegenständen, die sie sicherstellte, ein Mosaik der Schuld der Verfolgten. Die eigene Sexualität wurde als Laster, Krankheit oder Sünde betrachtet und konnte kaum positiv erlebt werden. Sie musste unterdrückt werden oder konnte nur im Geheimen gelebt werden. Homosexuelle wurden auch Opfer der „Wissenschaft“ bzw. Medizin, denn Kastration galt als adäquates Mittel zur Eindämmung von Homosexualität. Um einer Einweisung ins KZ zu entgehen oder die Entlassung zu erreichen, willigten Homosexuelle in die Kastration ein. Pseudomedizinische Experimente endeten praktisch immer mit dem Tod der Betroffenen.

Die Entschädigung der homosexuellen NS-Opfer ist ein trauriges Kapitel der österreichischen Nachkriegsgeschichte. Leider hat auch unser Bund einen nicht zur Ehre gereichenden An-

teil daran. So heißt es in einem Brief aus dem Februar 1989 an die HOSI Wien, die um Berücksichtigung homosexueller NS-Opfer im Opferfürsorgegesetz bat: „Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat sich mit Ihrem Schreiben in der Sitzung vom 9. Februar 1989 nach einer Aussprache bei den einzelnen Verbänden beschäftigt und stellt fest: Unsere drei Organisationen haben die Aufgabe, sich um die Opfer bzw. deren Hinterbliebene zu kümmern, wenn diese sich im Kampf für ein freies und unabhängiges Österreich betätigt haben (siehe Opferfürsorgegesetz). Wir sind daher als Organisationen nicht in der Lage, Sie in Ihrem Anliegen gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu unterstützen.“

Erst der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus erkannte im

Juni 1995 auch Menschen als NS-Opfer an, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden. Erst 1997 waren in Mauthausen die Homosexuellen Initiativen aus Österreich mit ihrer Feier an der Gedenktafel für die lesbischen und schwulen KZ-Opfer erstmals offiziell im Programmheft der Befreiungsfeier angeführt. Für uns als sozialdemokratische AntifaschistInnen muss selbstverständlich sein, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität nicht diskriminiert werden und dass auf ihre Bedürfnisse Rücksicht genommen wird.

Gerald Netzl ■



Dedd, Wikipedia

40 Jahre Nelkenrevolution

Nach dem Zweiten Weltkrieg behielt Portugal sein faschistisches Regime unter Salazar bei. 1926 endete die republikanische Periode und faschistische Generäle übernahmen die Macht. Doch nach 48 Jahren endete mit einer Machtergreifung fortschrittlicher Militärs die am längsten bestehende Diktatur in Europa.

In den Morgenstunden des 25. April 1974 erklang aus den Lautsprechern der Radioapparate das berühmt gewordene Lied „Grândola, vila morena“ (Grândola, braungebrannte Stadt). Das Lied war das verabredete Zeichen für revolutionsbereite Militäreinheiten in Lissabon und anderen Städten, strategisch wichtige Plätze und Einrichtungen zu besetzen und zu kontrollieren. Dies gelang ohne Kämpfe und Blutvergießen. Große Teile der Armee liefen daraufhin zu den Aufständischen über. Die Stimmung im Militär und in der Bevölkerung war auf eine politische Wende eingestellt. Damals gingen die Bilder dieser friedlichen „Nelkenrevolution“ um die Welt. Linke Jugend und die AntifaschistInnen Europas bekundeten ihre Solidarität mit dem revolutionären Aufbruch.

Der Plan war gut durchdacht und hatte humanitär-sozialistische Ziele. Nach der Absetzung der faschistischen Regierung des Diktators Caetano sollte eine „Junta der Nationalen Errettung“, bestehend aus fünf Heeresgenerälen und zwei Admirälen, gebildet werden. Damit sollte der Weg für grundlegende politische und soziale Reformen frei werden. Mit den linken Befreiungsbewegungen sollten Waffenstillstände vereinbart und ein rasches Ende der Kolonialherrschaft zugesagt werden. Für zwei Optionen war der Weg für die künftige Entwicklung Portugals nun geöffnet worden. Erstens: der Weg einer revolutionären Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zweitens: der Weg einer Restau-

ration in bürgerlich-demokratischer Form.

Die bisher verbotene Linke organisierte sich rasch in die traditionellen Hauptlager (Sozialisten/Sozialdemokraten und Kommunisten) und war in der Frage, welcher Weg beschritten werden sollte, zerstritten. Gleichzeitig gab es im Militär eine Differenzierung in drei Strömungen (revolutionär links, sozialdemokratisch, bürgerlich-liberal), was auf den starken Einfluss der NATO zurückzuführen war. Das faschistische Portugal wurde bereits 1946 in die NATO aufgenommen. Innerhalb von 22 Monaten, zwischen April 1974 und Ende 1975, vollzog sich der Wandel zugunsten einer bürgerlichen Demokratie mit „sozialer“ Marktwirtschaft, wie sie von den Sozialisten/Sozialdemokraten (PSP) und von bürgerlichen Kreisen gewünscht wurde.

Der Versuch linker Militärs und der Kommunisten im November 1975, mit der Aktion „Die Revolution retten“ das Ruder herumzureißen, scheiterte. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung und den nachfolgenden Wahlen erreichte die PSP unter Mário Soares die meisten Stimmen. Bald verstärkte sich der Einfluss der USA und der NATO auf die Regierungen und portugiesischen Parteien, was zu einer vollständigen Integration Portugals in das neoliberale

Politik- und Wirtschaftsmodell führte.

Doch Portugals Wirtschaft schwächelte weiter und die negativen Folgen einer 48 Jahre währenden Diktatur sowie der opferreichen und teuren Kolonialkriege konnten nur langsam und bis heute nicht vollständig überwunden werden. Portugal hat mit gravierenden ökonomi-

ßer Not, zu Massenstreiks und zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft, auch in Portugal. Das völlige Versagen der bürgerlichen Regierungen (40 Regierungen in 15 Jahren) und die kapitalistische Weltwirtschaftskrise bahnten den Zusammenbruch der Republik und den faschistischen Staatsstreich im Dienste reaktionär-konservativer Kreise und des Kapitals an.



Demonstration in Porto 1983 zum Gedenktag des 25 de Abril 1974

Henrique Matos, Wikipedia

schen und sozialen Problemen zu kämpfen und die anhaltende kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft die soziale Not breiter Schichten. Die drastischen Sparmaßnahmen und die wachsende Not führen seit 2011 zu sich häufenden Demonstrationen und Streiks. 2012 riefen die Gewerkschaften zum 3. Generalstreik innerhalb von 16 Monaten auf. Die soziale Unruhe wächst.

Wir Freiheitskämpfer/innen wissen aus Erfahrung, dass wachsende Arbeitslosigkeit und Not sowie die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen der Nährboden für rechtsextreme Bewegungen und Parteien sind. Auch nach dem Ersten Weltkrieg kam es in mehreren europäischen Ländern zu gro-

Als Freiheitskämpfer/innen haben wir neben dem freudigen Gedenken an den Sieg der „Nelkenrevolution“ über die Diktatur in Portugal vor 40 Jahren aber auch gute Gründe, vor dem Aufstieg rechtsextremer und neofaschistischer Bewegungen und Parteien in Europa zu warnen und ihrer Lügenpropaganda, ihrem Fremdenhass und ihrer antidemokratischen Wühlarbeit entgegenzutreten. Eine breite Front aller demokratisch gesinnten Menschen, eine Wirtschaftspolitik, die Menschen wieder Arbeit verschafft und den Sozialstaat durch gerechte Steuern sichert, und eine humanistische Zielverpflichtete Bildungspolitik sind die Aufgaben der Zeit, an der wir mitarbeiten wollen.

Alfred Koblbacher ■



Erfolgreiche Bündnisarbeit

Robert Eiter, Sprecher des oberösterreichischen Antifa-Netzwerks, erklärt für den „Kämpfer“, wie es gelingen kann, 72 Organisationen für eine Aktionsplattform zu bündeln.

In Oberösterreich sind beachtlich viele und sehr verschiedene Organisationen antifaschistisch und antirassistisch aktiv. Auf Einladung der „Welser Initiative gegen Faschismus“ und des Bildungshauses Schloss Puchberg fand im September 2001 ein großes Treffen statt, auf dem 26 Or-

ganisationen das „ÖÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ (Antifa-Netzwerk) gründeten.

Heute kann festgestellt werden, dass diese Gründung ein Erfolg war: Es gibt laufenden Kontakt durch Antifa-Netzwerk-Infos

per E-Mail (im vergangenen Mai ist die 500. Info erschienen), es kommt immer wieder zu gemeinsamen Aktivitäten, und im vergangenen Oktober nahmen 180 AntifaschistInnen am vierzehnten großen Treffen der Mitgliedsorganisationen teil.

Die Zahl dieser Organisationen hat sich inzwischen auf 72 erhöht, also fast verdreifacht. Das bunte Spektrum umfasst politische, gewerkschaftliche, kirchliche, kulturelle und humanitäre Organisationen, darunter beispielsweise die Katholische Aktion, die Gewerkschaftsjugend, die Volkshilfe, die PfadfinderInnen, die Kulturplattform KUPF, den Gemeindevertreterverband und das Museum Arbeitswelt Steyr. Auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen und der KZ-Verband gehören dem Netzwerk seit langem an.

Dessen Vorteile liegen auf der Hand: Der Informationsfluss wurde deutlich verbessert; das

Bewusstsein, Teil einer breiten Bewegung zu sein, stärkt die Motivation; und durch das Netzwerk kann gegenüber Politik, Behörden und Medien wesentlich wirksamer aufgetreten werden.

Eng verbunden ist das Antifa-Netzwerk mit dem Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ). Mit Organisationen in mehreren anderen Bundesländern, aber auch in Bayern gibt es einen regelmäßigen Austausch. In Salzburg und Tirol entstehen derzeit befreundete Netzwerke, die sich am oberösterreichischen Modell orientieren.

WEBTIPP: Die Antifa-Netzwerk-Info per E-Mail erscheint meist wöchentlich. Dieser Newsletter wird kostenlos an alle AntifaschistInnen zugesandt, die darum in kurzen E-Mails an eiter.r@mail2u.at ersuchen. Bitte in solchen E-Mails die Mitgliedsorganisation (in diesem Fall die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen) erwähnen! Vielen Dank! ■



Das oberösterreichische Antifa-Netzwerk nimmt erstmals mit einem eigenen Banner an der Befreiungsfeier teil

Zur Kriminalisierung des Antifaschismus

Am 11. November 2014 fand im Bezirkslokal der SPÖ Hietzing eine Diskussionsveranstaltung der Freiheitskämpfer/innen Hietzing im Gedenken an den vor drei Jahren verstorbenen Genossen Prof. Hugo Pepper statt.

An einem bis zum letzten Platz gefüllten Saal diskutierten Natascha Strobl, Autorin eines Buches über die rechtsextremen „Identitären“ und Aktivistin bei der Offensive gegen Rechts, Marina Hanke, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, und Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes über die Frage, wie Polizei und Justiz in Österreich mit antifaschistischem Protest umgehen.

Nach der Begrüßung mit einem kurzen Zitat aus den Erinne-

rungen Hugo Peppers an den „Anschluss“ und einer Gedenkminute für den ehemaligen Vorsitzenden unseres Bundes wurde zuerst ein kurzes Video von den Protesten gegen den Aufmarsch der Identitären im Mai dieses Jahres gezeigt. Zu sehen waren tausende AntifaschistInnen, die mit friedlichen Sitzblockaden den Aufmarsch der Rechtsextremen behindern wollten und mit Gewalt von der Polizei beiseitegeschafft wurden. Im Anschluss erzählte Marina Hanke von den Erfahrungen junger GenossInnen. Eine Gruppe SJlerInnen, unter ihnen eine 14-jährige Ge-

nossin, wurde auf dem Heimweg von der Demonstration ohne Angabe konkreter Gründe von der Polizei verhaftet und stundenlang ohne volljährigen Beistand festgehalten.

In einer sehr angeregten und langen Diskussion kritisierte etwa Genosse Kohlbacher, dass die SPÖ sich jahrelang zu wenig um Polizei und Justiz gekümmert und diesen wichtigen Bereich den Rechten überlassen hat. Besonders wies er auf die Rolle der blau-schwarzen Koalition in diesem Zusammenhang hin. Klar waren die Forderungen von Natascha Strobl in diesem Zusammenhang: Die antifaschistische Bewegung dürfe sich nicht spalten lassen und müsse solidarisch miteinander umgehen. Auch Ma-



In der SPÖ-BO Hietzing entwickelte sich eine spannende Diskussion

rina Hanke von der SJ Wien forderte von der Partei mehr Unterstützung und Solidarität, wenn es darum gehe, Antifaschismus auf die Straße zu tragen. Und Andreas Peham betonte, dass antifaschistische Kundgebungen rechtsextreme Aufmärsche empfindlich stören und lautstarker, entschiedener antifaschistischer Protest sich immer auszahlt. ■

Rechtsextreme zerstören Gedenktafel in Hietzing

Die Fußabdrücke sind deutlich auf der Gedenktafel zu sehen, der Rahmen wurde verbogen, die Tafel aus der Verankerung gerissen und mit Aufklebern für ein „rechtes Europa“ beklebt. Die Tafel an der Ecke Kupelwiesergasse/Fichtnergasse in Wien-Hietzing war am 10. November in einem Festakt von SchülerInnen des Gymnasiums Fichtnergasse und der Bezirksvertretung enthüllt worden.

Gemeinsam mit der Volkshochschule Hietzing hatten SchülerInnen die Daten der ermordeten Schüler recherchiert. Die Tafel umfasst die Namen von 16 BewohnerInnen, die in der

Kupelwiesergasse und in der Fichtnergasse gewohnt haben, sowie sieben Schülern und einem Lehrer des Gymnasiums Fichtnergasse. „Wer glaubt, mit dieser Zerstörung die Erinnerung an die Opfer zu verhindern, hat sich getäuscht. Die Tafel wird restauriert und neuerlich aufgestellt“, versichert Dr. Robert Streibel, Direktor der VHS Hietzing. Leider wird uns regelmäßig vor Augen geführt, dass Rechtsextreme keine Ruhe geben. Sie mögen ihr Auftreten ändern, sich jugendlich und modern geben, sich intellektuell und reflektiert geben, doch im Kern transportieren sie dieselben Hassbotschaften wie eh und je. ■

Kupelwieserg. 47	deportiert am 31.07.1943 nach Malines/Auschwitz
Kupelwieserg. 11/5	deportiert am 30.05.1944 Drancy/Auschwitz, ab 25.01.1945 Mauthausen, Ebensee
3., Kupelwieserg. 7	deportiert am 26.02.1941 nach Opole
13., Kupelwieserg. 28	deportiert am 26.02.1941 nach Opole
13., Kupelwieserg. 28	deportiert am 19.02.1941 nach Kielce
13., Kupelwieserg. 11/4a	Schicksal unbekannt nach Theresienstadt

VHS Hietzing

Nur wenige Tage nach der Einweihung der Gedenktafel haben Rechtsextreme versucht, sie zu zerstören. Die Tafel entstand im Rahmen der Gedenkkaktion „Juden in Hietzing“ der Volkshochschule.

Denkmal für Frauen im Widerstand

Ein Denkmal soll an jene oberösterreichischen Frauen erinnern, die in den Jahren ab Ausschaltung des österreichischen Parlaments 1933 und den Jahren des nationalsozialistischen Regimes Widerstand geleistet haben. Der Antrag geht auf eine Initiative der SPÖ Frauen OÖ und der Freiheitskämpfer/innen zurück. Für die Ausarbeitung eines Umsetzungskonzepts soll seitens der Landesregierung

eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe aus HistorikerInnen und KünstlerInnen eingesetzt werden, die in Zusammenarbeit mit der Kunstuniversität Linz einen KünstlerInnenwettbewerb abwickelt und die Projektumsetzung begleitet.

Die Abgeordneten des sozialdemokratischen Landtagsklubs forderten in einem Initiativantrag, der von der Landesfrauenvorsitzenden Sabine

Promberger eingebracht wurde, die Landesregierung auf, ein Denkmal für oberösterreichische WiderstandskämpferInnen zu errichten. „Damit wollen wir diesen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern ein ehrendes Andenken bewahren und ihre Leistungen um die Wiedererrichtung eines neuen Österreichs sichtbar machen“, erklärte Genossin Promberger. Der Antrag wurde dem Kulturausschuss zugewiesen.

Insbesondere weil aktiver Widerstand über Jahrzehnte hinweg mit bewaffnetem und militärischem Einsatz definiert und gleichgesetzt wurde, blieb die Rolle der Frauen im Widerstand kaum beachtet und wenig erforscht. Die bisherige Gedenkkultur wird dem weiblichen Widerstandswirken folglich nicht gerecht. Das zeigt sich auch daran, dass ein eigenes Denkmal für Widerstandskämpferinnen in Oberösterreich bislang fehlt. ■

SS-Studentenführer Gerhard Lausegger war Anführer jener SS-Bande, die am 10. November 1938 den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde, Ing. Richard Berger, brutal ermordete. Lausegger entzog sich der Gerechtigkeit 1947 durch feige Flucht nach Argentinien.



Suevia-Denkmal ist eine Schande für Innsbruck

Seit Jahren fordern die Freiheitskämpfer/innen und die sozialistischen Jugendorganisationen die Anbringung einer Hinweistafel am Denkmal der deutschnationalen und schla-

genden Innsbrucker Burschenschaft „Suevia“ (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Einen Vorschlag für die Zusatztafel haben die GenossInnen bereits erarbeitet. ■



Novembergedenken in Salzburg

Alljährlich gedenken die SPÖ Salzburg und die Salzburger Landesorganisation der Freiheitskämpfer/innen am 1. November der Opfer des Faschismus beim Mahnmal am Kommunalfriedhof. Der ehemalige SPÖ-Abgeordnete Jacky Maier hielt dabei eine ergreifende Rede.

Im November soll unter anderem der Novemberpogrome in Salzburg gedacht werden. Die Nacht von 9. auf 10. November 1938 hinterließ einen nachhaltigen

Eindruck bei den Menschen. In dieser Pogromnacht wurden alle „nichtarisierten“ Geschäfte und die Einrichtung der Synagoge demoliert. Nicht nur in der



Der ehemalige Salzburger SPÖ-Abgeordnete Jacky Maier verwies in seiner Gedenkrede auf die Aktualität und die Wichtigkeit des antifaschistischen Kampfes

Stadt Salzburg kam es zu Übergriffen auf jüdische MitbürgerInnen, denn auch in Hallein und Bad Gastein wurde jüdisches Eigentum beschädigt. Augenzeugenberichten zufolge wurden in dieser Nacht 70 Männer nach Dachau deportiert. Alle jüdischen MitbürgerInnen wurden gezwungen ihr Hab und Gut zurückzulassen und mussten umgehend nach Wien übersiedeln. Am 12. November wurde Salz-

burg für „judenfrei“ erklärt.

„Wir sollten den November dazu nutzen, um an diese menschenverachtenden Ereignisse zu denken. Wir sollten aber auch diese Zeit dazu nutzen, uns in unserem unermüdlichen Kampf für die Aufrechterhaltung der Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen“, so Maier, der bis März dieses Jahres auch dem Kuratorium des Österreichischen Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus angehörte. Maier weiter: „Wir müssen aus der Geschichte lernen und dürfen niemals vergessen!“

Maier war es ein besonderes Anliegen, in seiner Rede auf die menschenverachtende Politik des NS-Regimes hinzuweisen. Im Vordergrund stand dabei vor allem die Aufarbeitung dieser grausamen Zeit, die bei weitem noch

nicht abgeschlossen ist. Maier verwies in diesem Zusammenhang auch auf die bedrückende Diskussion in Goldegg rund um den Gedenkstein für die Goldegger Deserteure, der am 8. August dieses Jahres nur aufgrund einer privaten Initiative verlegt werden konnte. „Der Kämpfer“ berichtete in der letzten Ausgabe.

„Insbesondere die Rolle der Wehrmachtsdeserteure ist auch heute noch ein umstrittenes Thema in Österreich. Man muss deren Mut, Widerstand zu leisten, dringend anerkennen – sie alle mögen uns ein Vorbild sein im Kampf um Demokratie und Menschenwürde“, forderte Maier. Denn die aktive Bekämpfung von Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus sowie die Verteidigung europäischer Grundwerte gehört zu den zentralen Aufgaben der Freiheitskämpfer/innen. ■

Wiener Gedenkmarsch am Zentralfriedhof

Traditionell findet am 1. November der Gedenkmarsch des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen am Zentralfriedhof statt. Auch heuer schlossen sich wieder die Wiener SPÖ, die Wiener SPÖ-Bildung und die Sozialistische Jugend an.

Der vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen ausgerichtete Gedenkmarsch zog am 1. November an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei, weiter zum Mahnmal der Stadt Wien und zum Mahnmal der Opfer für die NS-Justiz. Der Marsch endete mit Kranzniederlegungen im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer, unter anderem mit Stadträtin Sonja Wehsely, dem Vorsitzenden der Wiener SPÖ-Bildung Ernst Woller, Stadtrat Michael Ludwig, Abgeordnetem Jan Krainer, unserem Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner, dem Wiener Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzenden Gerald

Netzl sowie einer starken Delegation der Sozialistischen Jugend Wien.

Einen weiteren Höhepunkt bildete die Rede des ehemaligen State Senators und Abgeordneten des Staates New York Franz Sigmund Leichter bei der Kranzniederlegung der Wiener SPÖ-Bildung im Urnenhain am Grab von Käthe Leichter. Der in den USA lebende Franz Leichter wurde am 19. August 1930 als zweiter Sohn Käthe Leichters in Wien geboren. Bei seiner Flucht vor den Nazis emigrierte er 1940 in die USA. Von 1969 bis 1974 war Franz Leichter Abgeordneter des Staates New York und von 1975 bis 1998 New-York-State Senator. Der

studierte Jurist und Demokrat wurde auch oft als das Gewissen des Senats titulierte. Aufgrund des kurzfristig angesagten Besuchs von Franz Sigmund Leichter lud die Wiener Bildung am Vorabend zur Podiumsdiskussion mit dem letzten lebenden Sohn von Käthe Leichter.

Käthe Leichter war eine österreichische sozialistische Gewerkschafterin, Autorin zahlreicher sozialwissenschaftlicher Werke

und Gründerin und Leiterin des Frauenreferats der Wiener Arbeiterkammer. Sie wurde nach Verrat durch den Spitzel Hans Pav, einen ehemaligen Sportredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, 1938 von der Gestapo festgenommen und 1940 ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Ihre Mitgefängene war dort unter anderem Rosa Jochmann. Sie wurde 1942 in der NS-Tötungsanstalt Bernburg in Deutschland mit Giftgas ermordet. ■



Die Sozialistische Jugend war mit einer starken Delegation und vielen roten Fahnen am Gedenkmarsch vertreten

Gedenken an Novemberpogrom in Innsbruck

Sehr gut besucht war wieder die Gedenkveranstaltung an das Pogrom in Innsbruck am 9. November 1938, veranstaltet von den Freiheitskämpfer/innen Tirols, den sozialistischen Jugendorganisationen und dem Renner-Institut Tirol.

Wir können das Pogrom nicht mehr rückgängig machen, aber wir können uns verantwortlich fühlen und diese Verantwortung leben“, sagte Helmut Muigg, Vorsitzender der Tiroler Freiheitskämpfer/innen. Genosse Muigg erinnerte an die vier toten jüdischen Mitbürger, die Dutzenden Schwerverletzten und an die Hunderten von Jüdinnen und Juden in Innsbruck, die von SS-, SA- und HJ-Banden terrorisiert wurden.

„An Gedenktagen wie diesem wird daran erinnert und angesichts der Gräueltaten und der Unmenschlichkeit ein ‚Nie wieder!‘ beschworen. In der

täglichen Rede wird dem allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt, wird vergessen, was die Voraussetzungen für die Ereignisse von damals waren“, stellte die Politikwissenschaftlerin Alexandra Weiss in ihrer Gedenkrede fest. Sie erinnerte an

die besorgniserregenden Spaltungslinien in der Gesellschaft. Die stellvertretende Vorsitzende der SPÖ Tirol und Innsbrucker Gemeinderätin Sophia Reisecker trug Lyrik des antifaschistischen Widerstandes vor. Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung von Klezmermusik mit Julia Schumacher-Fritz und Bernhard Fuchsberger sowie dem Roten Singkreis des Arbeiter-Sängerbundes.



Niederwölfsgruber

Politikwissenschaftlerin Alexandra Weiss hielt beim Pogromgedenken am Westfriedhof die Gedenkrede

Novemberpogrome in Tirol

In der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde in Innsbruck der Großteil des Vorstandes der Kultusgemeinde von SS-Männern in Zivil ermordet, der Betraum in der Sillgasse wurde zerstört. Kurz davor war es dem letzten

Rabbiner Tirols, Elimelech Rimalt, gelungen, Innsbruck zu verlassen. Bis Mitte 1939 hatten fast alle Jüdinnen und Juden den Gau „Tirol und Vorarlberg“ verlassen müssen. Mindestens zweihundert erlebten das Jahr 1945 nicht. Die Bandbreite der

Todesursachen reichte von den verzweifelten Selbstmördern des 12. März 1938 über die Toten der Reichspogromnacht in Innsbruck bis zu noch Mitte 1944 in Auschwitz vergasten Kindern. Von gut dreihundert ist bekannt, dass sie überlebt haben.

Höhere Strafen für braune Delikte gefordert

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hat Pläne präsentiert, wie die Verbreitung von Symbolen des „Islamischen Staates“ (IS) und der Al-Kaida künftig bestraft werden soll. Die Details dieser Pläne rufen die Kritik des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ) hervor. „Kein Demokrat kann etwas dagegen haben, wenn die Propaganda gefährlicher menschenverachtender Gruppen bekämpft wird“, sagt MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi. „Allerdings ist es völlig unverständlich, dass für die Verbreitung von NS-Symbolen dann deutlich geringere Strafen gelten sollen.“

Tatsächlich sieht das Abzeichengesetz für die Verbreitung von NS-Symbolen derzeit eine Höchststrafe von 4.000 Euro vor – wobei es nach Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1960 mehr als fünf Jahrzehnte gedauert hat, bis

die ursprüngliche Höchststrafe (10.000 Schilling oder 726 Euro) dem Geldwertverlust angepasst wurde. Bei IS-Symbolen will Mikl-Leitner nur für Ersttäter eine Höchststrafe von 4.000 Euro einführen, für Wiederholungstäter dagegen eine von 10.000 Euro.

„Das läuft auf eine Verharmlosung des Rechtsextremismus hinaus. Dabei haben Neonazi-Gruppen wie NSU in Deutschland oder ‚Objekt 21‘ in Österreich bewiesen, dass sie ebenfalls für eine hochgradig gefährliche und menschenverachtende Gesinnung stehen“, stellt Mernyi fest.

Laut Innenministerium stieg die Zahl der rechtsextremen und rassistischen Straftaten in Österreich in acht Jahren um 175 Prozent (2005: 209, 2013: 574). Allein von 2012 auf 2013 war eine Zunahme von rund zehn Prozent zu verzeichnen.

Museum für Nachtschwärmer geöffnet

Alljährlich gestalten die GenossInnen aus St. Pölten im Zuge der Langen Nacht der Museen Führungen im hiesigen Museum zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Auch 2014 war das Museum ein beliebtes Ziel für NachtschwärmerInnen und Kulturinteressierte. Das Museum im Hof hat sich mittlerweile zu einem kleinen, aber feinen Geheimtipp entwickelt. Neben der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung im Raum St. Pölten war heuer eine Sonderausstellung zum Tode von Altbürgermeister Willi Gruber und seinem Wirken für die Landeshauptstadt im Steingöterhof zu sehen. Das Abendprogramm im Museum im Hof wurde von den Freiheitskämpfer/innen gestaltet.

Das von Prof. Dr. Siegfried Nasko kuratierte Museum zur

Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist ein unschätzbarer Bestandteil für die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie im Zentralraum Niederösterreichs. Von den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung reicht der historische Faden bis hin zur revolutionären Aufbauarbeit in den 20er Jahren.

Im wunderschönen Hof eines Barockhauses gelegen, vermittelt das Museum einen anschaulichen Überblick. Neben umfangreichem Bild-, Text- und Videomaterial befinden sich wertvolle Original-Exponate in der Ausstellung. Besondere Highlights: ein originaler Anzug von Bundeskanzler Bruno Kreisky und eine von Rosa Jochmann im KZ Ravensbrück selbst hergestellte Puppe, für die sie mangels anderer Möglichkeiten ihr eigenes Haar verwendete.



Landtagspräsident Reinhard Rohr, Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, Landesarchivdirektor Dr. Wilhelm Wadl, Univ.-Prof. Peter Gstettner

Erinnerung für die Zukunft

Der Veranstaltungssaal des Kärntner Landesarchivs war bei der Enquete des Kärntner Landtages Ende Oktober zum Thema „Erinnerung für die Zukunft – Erinnerungs- und Gedenkkultur in Kärnten“ bis auf den letzten Platz besetzt. Univ.-Prof. Peter Gstettner sprach in seinem Referat über die Bedeutung des Gedenkens und Erinnerns.

Kärntens Erster Landtagspräsident Reinhard Rohr freute sich über das rege Interesse an der Enquete und konnte unter den TeilnehmerInnen Landeshauptmann Peter Kaiser, Landeshauptmann-Stellvertreterin Beate Prettner, Landesrat Rolf Holub sowie zahlreiche weitere Ehrengäste begrüßen. Die VertreterInnen der Kärntner Initiativen zur Erinnerungs- und Gedenkkultur berichteten dabei über ihre Geschichte, ihre Ziele und ihre umfangreichen Aktivitäten.

Peter Kaiser stellte sein Referat unter den Titel „Kärnten neu gedenken. Erinnerungskultur zwischen Vergangenheit und Zukunft“, Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit dem NS-Opfergedenken im Kärntner Erinnerungsdiskurs. Eine aktuelle Debatte über die Wiederkehr des Vergessenen und Verdrängten im kollektiven Gedächtnis gab den Anwesenden einen ausführlichen Überblick über die Vielfalt und Themenbereiche der Gedenkkultur in Kärnten.

Der Landeshauptmann wies darauf hin, dass die Enquete eine wichtige Aufgabe erfülle, um die Ereignisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Erst mit der

Klarstellung von Bundeskanzler Franz Vranitzky, dass Österreicherinnen und Österreicher während der NS-Zeit nicht nur Opfer, sondern auch TäterInnen waren, wurde einer kritischen Auseinandersetzung unterzogen, was vorher einer Kultur des kollektiven Schweigens unterworfen war.

Positive Beispiele für diese kritische Aufarbeitung seien die Initiativen, die in unterschiedlicher Weise die Erinnerungskultur pflegen. Man müsse aus der Vergangenheit lernen und sie verstehen, um daraus Handlungsweisen für die Zukunft zu entwickeln, so Kaiser. „Vorbei ist nicht vorüber“, zitierte Kaiser Elias Canetti, um zu verdeutlichen, dass sich die Vergangenheit zwar nicht wiederhole, aber immer noch auf das heutige Handeln wirkt.

Univ.-Prof. Peter Gstettner sprach in seinem Referat über die Bedeutung des Gedenkens und Erinnerns. Es sei wichtig, einen Ort zu finden, wo man der Opfer gedenken könne, und es gehe auch darum, den Opfern ihre Namen, ihr Gesicht und ihre Geschichte zurückzugeben. „Zukunft ist durch die Verdrängung der Vergangenheit nicht zu bekommen“, stellte Gstettner fest und machte klar, dass das Erinnern ein Beitrag dazu

ist, die verbrecherische Brutalität der NS-Zeit in ein Eintreten für Menschenrechte umzuwandeln. „Die Aufarbeitung der Vergangenheit, das Erinnern und Gedenken ist ein Vorgang, der die Ideen zur gesellschaftlichen Entwicklung in sich birgt“, so Gstettner.

Der Direktor des Landesarchivs, Wilhelm Wadl, der auch die Enquete moderierte, hob die Bedeutung des Landesarchivs als „Gedächtnis des Landes“ hervor, das in regem Kontakt mit den Gedenk-Initiativen stehe. Hier werde die geballte Menge an schriftlicher Erinnerung des Landes verwaltet, auch jene, die das Unrecht des vergangenen Jahrhunderts dokumentiere. Landtagspräsident Rohr verwies in seinen Eröffnungsworten auf das Gedenkjahr 2014. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit fatalen Folgen für Millionen von Menschen sei der seit fast 70 Jahren währende Frieden in Zentraleuropa besonders zu

schätzen. Es gelte jedoch, wachsam zu bleiben, denn die Ereignisse in der Ukraine oder in Syrien zeigen in erschreckender Weise, dass der Friede keine Selbstverständlichkeit ist.

Die VertreterInnen der im Landtag vertretenen Parteien – die FPÖ war der Enquete ferngeblieben – sprachen den Mitgliedern der Kärntner Initiativen, die sich dem Erinnern und Gedenken widmen, ihren besonderen Dank für deren wichtige Tätigkeit aus und plädierten dafür, sich für die Bewahrung des Friedens einzusetzen, und betonten, dass der politischen Bildung auch über die Schule hinaus besondere Bedeutung zukommt. Landtagspräsident Rohr dankte in seinem Schlusswort allen Referenten und allen TeilnehmerInnen und zeigte sich „beeindruckt und betroffen“ von den umfangreichen Aktivitäten und von den Ergebnissen der Erinnerungsarbeit, die von den Kärntner Initiativen zur Gedenkkultur geleistet wird. ■



Der Veranstaltungssaal des Kärntner Landesarchivs war bis auf den letzten Platz gefüllt

Salzburger SPÖ-Parteihaus war Ziel von rechtem Vandalismus

Die Geschäftsstelle der Salzburger SPÖ wurde in der Nacht auf 3. Dezember Zielscheibe einer Nazi-Schmieraktion. Rund um das Haus wurde mehrmals in großen Lettern „H8“ – eine Grußformel für „Heil Hitler“ – geschrieben.

SPÖ-Landesparteivorsitzender Walter Steidl sieht dringenden Handlungsbedarf gegen die Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts in der Stadt Salzburg. Bereits zum fünften Mal wurde das SPÖ-Parteihaus in Salzburg Ziel rechtsradikaler Schmieraktionen. Vor einigen Monaten war auch das Haus der SPÖ-Jugendorganisationen (Rosa-Luxemburg-Haus) zum vierten

Mal verunstaltet worden. „Es handelt sich dabei um rechtsradikale Straftaten und Wiederbetätigung, die dringend aufgeklärt werden müssen“, betont Steidl angesichts der offensichtlich politisch motivierten Vandalenakte.



SPÖ/Müslauer

Rechtsradikale Schmieraktionen am SPÖ-Parteihaus, das bereits zum fünften Mal attackiert wurde. In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde alleine das Schloss des SPÖ-Parteihauses zweimal zerstört.



In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde das Schloss des SPÖ-Parteihauses zwei Mal zerstört und die Wände wurden mehrmals beschmiert. Dazu kommen natürlich sämtliche anderen Aktionen in der Stadt Salzburg, seien es die Verunstaltungen der Stolpersteine und des Mahnmals am Kommunalfriedhof sowie die Zerstörung des Euthanasie-Denkmal.

Medienberichten zufolge wurde auch das Parteihaus der Grünen verunstaltet. „Das sind untragbare Zustände, gegen die wir dringend was unternehmen müssen“, so Steidl weiter.

Ebenfalls erschüttert zeigte sich der Salzburger SPÖ-Bezirksvorsitzende Michael Wanner: „Jetzt ist Schluss mit lustig. Sachbeschädigungen sind kein Kavaliersdelikt. Es muss null Toleranz für derartige rechtsextreme Auswüchse gelten.“

Diese Aktion reiht sich nahtlos in die jüngsten Vorfälle, wie das Beschmieren der Stolpersteine oder der Geschäftsstelle der Grünen in der Stadt Salzburg, ein.“

Walter Steidl geht davon aus, dass es sich um eine große Gruppierung rechtsradikaler Personen handelt: „Wer auch immer dahintersteckt, muss dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden. Ich erwarte mir, dass die Aufklärung der Vorfälle schleunigst vorangetrieben wird.“ Die SPÖ Salzburg schließt sich daher der Forderung der Salzburger Grünen für die Einrichtung einer Sonderkommissionseinheit zur Aufklärung dieser Vorfälle an.

„Spätestens jetzt müssen alle Kräfte gebündelt werden, um diese menschenverachtenden Täter oder Täterinnen ausfindig zu machen“, ergänzt SPÖ-Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer. Das Innenministerium habe bereits in der Dschihadisten-Szene radikale Prediger ausfindig gemacht. Hagenauer hofft nun, dass es auch bei der Ergreifung der rechtsextremen Täter Unterstützung aus Wien gibt. ■

Am 27. Jänner Zeichen setzen!

Im Jahr 2015 jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee zum 70. Mal. Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis will „Jetzt Zeichen setzen!“ am 27. Jänner, dem Internationalen Holocaust-Gedenktage, um 17 Uhr auf dem Heldenplatz an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Ersucht wird um die digitale Zusendung

von Texten, Fotos, Zeichnungen oder Fotos von Objekten, die als Symbole für individuelle und gemeinschaftliche Meilensteine auf dem langen Weg über 70 Jahre zu einer sozialen, egalitären und offenen Demokratie gelten oder auch Leerstellen in diesen Bemühungen aufzeigen. Texte usw. können bis zum 10. Jänner 2015 an kontakt@jetztzeichensetzen.at gesendet werden. ■

Burschschafter tanzen wieder in der Hofburg

Am 30. Jänner 2015 werden deutschnationale Burschschafter erneut zum „Akademikerball“ der extremen Rechten in der Wiener Hofburg antanzen. Als Reaktion auf den Druck der Proteste auf der Straße beschloss der Wiener Gemeinderat eine Resolution gegen die Abhaltung des Balles in der Wiener Hofburg. Die Umbenennung des WK-Balles in Akademikerball

war eine Reaktion auf den zunehmenden Druck von antifaschistischer Seite. Die Proteste der letzten Jahre haben mitunter auch dazu geführt, dass die Zahl der rechten Ballgäste stetig gesunken ist. Das linke Aktionsbündnis „Offensive gegen Rechts“ ruft auch heuer wieder zu einer antifaschistischen Demonstration gegen den Burschschafter-Auflauf auf. ■



Vor 50 Jahren in unserer Zeitung

1964 setzten sich die GenossInnen im „Kämpfer“-Leitartikel mit den im Jahr zuvor angelaufenen Auschwitzprozessen auseinander. Drei Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Ebenfalls abgedruckt wurde eine Resolution unseres Bundes gegen die Verjährung von Kriegsverbrechen.

„Das zu Ende gehende Jahr 1964 hat aber gleichzeitig mit den Prozessen gegen die braunen Massenmörder eine verschreckende Erkenntnis vertieft und gegen jede Leisetreterei und gegen jede opportunistische Verniedlichung und Verschleierung in kristallklarer Härte offenkundig gemacht, was wir schon immer gesagt haben: Die Mörder leben unter uns!“, stand etwa im Leitartikel auf der Titelseite, der nicht namentlich gekennzeichnet war, geschrieben. Genossin Rosa Jochmann hatte damals bereits 15 Jahre den Vorsitz unseres

Bundes inne. Und weiter hieß es dort: „Wer aus der Geschichte lernen will – und das ist ja unsere Aufgabe als Sozialisten und unsere Pflicht und Schuldigkeit als sozialistische Freiheitskämpfer, die wir uns als Gewissen der Sozialistischen Partei betrachten –, der darf nicht billigen Tagesfragen zuliebe einfach sagen, aufhören damit und lassen wir doch die Toten ruhen.“ Wie wahr.



**Unseren Mitgliedern und
Abonent/inn/en ein erfolgreiches
Jahr 2015 wünscht die Redaktion**

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Robert Eiter, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Harald Ludwig, Helmut Muigg, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Henri Schreiber, Peter Weidner, Maximilian Zirkowitsch.

Grafische Gestaltung: Jennifer Neumann.

Lektorat: Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Dezember 2014.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 2. März 2015.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at

Produktionsleitung: VWZ Zeitschriften-

verlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Anna Krommer Der Asylant

aus: widerstand und
freiheitskampf (S. 107)



*Verwurzelt im faden Alltag,
wo Tagelöhner wohnen;
verdammt zu Not und Arbeitsschlag
in der Stadt der Millionen.*

*Manchmal – wenn schärfer mir der Wind
den Staub treibt in die Augen –
weiß ich, was wir geworden sind,
weiß ich, wofür wir taugen.*

*Den Blick beengt die Hochhauswand,
den Himmel decken Schwaden;
die Stadt vibriert im Dunstgewand
verrußt und stromgeladen.*

*Tropisch schießt das Unkraut auf,
es wachsen wild die Ranken,
wo in der Abendwinde Lauf
verwaiste Gärten schwanken.*

*Träumen von Paradiesen hier,
wo an verlassener Stelle
Verfall an namenloser Tür
und Schutt an der Staubschwelle.*

**Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand
und freiheitskampf. lyrische beiträge
des 20. jahrhunderts aus österreich“;
Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten;
ISBN: 978-385476-359-8; € 19.90**